

### Historischer Hintergrund

Sharpeville, Südafrika: Am Vormittag des 21. März 1960 finden sich an verschiedenen Orten der kleinen Stadt 50 km südlich von Johannesburg rund 20.000 Menschen zusammen. Sie folgen einem Aufruf des Pan African Congress (PAC). Die Menschen demonstrieren gegen die Passgesetze des Apartheid-Regimes. Diese rassistischen Gesetze sahen die scharfe Trennung von Wohn- und Geschäftsbezirken für Weiße, Schwarze und Inder vor. Als sich die Demonstrierenden in Richtung Polizeistation in Bewegung setzten, eskalierte die Situation: Angeblich als Reaktion auf Steinwerfer schießt die Polizei in die Menge. Die Menschen fliehen in Panik, die Polizei schießt weiter. 69 Menschen werden getötet, darunter acht Frauen und zehn Kinder. Viele - die Angaben variieren von 180 bis über 300 Personen - werden verletzt, teilweise schwer. Als Gedenktag an das Massaker von Sharpeville wurde sechs Jahre später, 1966, der 21. März von den Vereinten Nationen zum "Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung" ausgerufen. 1996 wird von Nelson Mandela in Sharpeville die neue demokratische Verfassung Südafrikas in Gang gesetzt. Der 21. März wird seither in Südafrika als "South African Human Rights Day", als "Südafrikanischer Tag der Menschenrechte" begangen.





### Bemokratie

# Mehr denn je: Gewerkschaften und Betriebe engagieren sich

Internationale Wochen gegen Rassismus vom 16. bis zum 29. März 2015

Noch nie gab es in Deutschland so viele Demonstrationen für kulturelle Vielfalt - gleichzeitig schürt Pegida rassistische Vorurteile gegenüber Flüchtlingen und Muslimen. Unter diesen Vorzeichen begannen am 16. März die Internationalen Wochen gegen Rassismus, die unter dem Dach der neugegründeten Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus, gemeinsam mit dem Interkulturellen Rat, organisiert werden. Im Stiftungsrat ist, neben dem ehemaligen DFB-Präsidenten Theo Zwanziger und Claudia Roth (Bündnis 90/ Die Grünen), auch der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice vertreten. Die zentrale Auftaktveranstaltung des Interkulturellen Rates zu den Wochen gegen Rassismus fand dieses Jahr am 16. März in Karlsruhe statt. Neben dem geschäftsführenden Vorstand Jürgen Micksch leiteten auch der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, sowie die Integrationsministerin des Landes Baden-Württemberg, Bilkay Öney und Fritz Pleitgen, Botschafter der Internationalen Wochen gegen Rassismus, gemeinsam die Aktionswochen ein. Der Kumpelverein war bei der Auftaktveranstaltung durch den Vorsitzenden Giovanni Pollice präsent.

### "Demokratie muss jeden Tag verteidigt werden!"

Giovanni Pollice

In Anbetracht der jüngsten Ereignisse haben diese Wochen für Deutschland in diesem Jahr eine besondere Bedeutung. Rund 70 bundesweite Organisationen rufen gemeinsam mit dem Interkulturellen Rat dazu auf, sich an den Wochen gegen Rassismus mit Aktionen, Veranstaltungen und Seminaren zu beteiligen. Der DGB, die Mitgliedsgewerkschaften, Landesbezirke und Bezirke, Ortsgruppen und JAVs in den Betrieben, sowie der Kumpelverein werden sich aktiv einbringen.

Die IG Metall veranstaltet beispielsweise am 18. März gemeinsam mit anderen Organisationen in Halle an der Saale eine Podiumsdiskussion zum Thema "Zuwanderung, Migration und Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt". Die Ressortleiterin Migration, Petra Wlecklik, wird als Diskutantin vor Ort sein. Auch in Stuttgart sind die Metaller aktiv: dort findet am 19. März eine Tagesschulung für Vertrauensleute statt, die sich kritisch mit den Pegida-Demonstrationen auseinandersetzt. In Landshut veranstaltet der Migrationsausschuss der IG Metall am 25. März eine Podiumsdiskussion mit einem Fachvortrag unter dem Motto: "Fakten statt Phrasen". Auch die IG BCE wird zahlreiche Veranstaltungen im Zeitraum der Wochen gegen Rassismus

anbieten. Am 18. März wird im Bildungszentrum in Haltern am See der Film "Blut muss fließen" gezeigt. Ein Dokumentarfilm, der "Undercover" in der Neonazi-Szene gedreht wurde und auf der Berlinale ausgezeichnet wurde. Der Regisseur Peter Ohlendorf wird zu diesem Anlass vor Ort sein, genauso wie die Leiterin des Bereichs Migration, Regina Karsch. Im anderen Bildungszentrum der IG BCE in Bad Münder wird die bekannte Religionswissenschaftlerin Lamya Kaddor am 25. März einen Vortrag zum Thema "Was ist Islam?" halten. Gegen Ende der Anti-Rassismus-Wochen, am 28. März, lädt der interkulturelle Arbeitskreis der IG BCE Leverkusen zu einer Besichtigung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln ein.

Auch die Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben sind in vielfältiger Weise aktiv. Die JAVs von Currenta und Bayer in Leverkusen zum Beispiel werden innerhalb der zwei Wochen Berufsschülerinnen und Berufsschülern ein selbstgedrehtes Video zeigen, in dem sich die Azubis mit Fragen rund um das Thema Toleranz auseinandersetzen. Begleitend werden auf Infoveranstaltungen themennahe Vorträge gehalten. Drei Weltkarten sollen die Migrationsgeschichten der Azubis und ihrer Familien darstellen, und Abdrücke von "Gelben Händen", dem Symbol des Kumpelvereins, setzen ein buntes Zeichen gegen Rassismus. Den festlichen Höhepunkt bildet die feste Installierung der Metall-Statue mit der "Gelben Hand", die von Currenta-Azubis vor zwei Jahren angefertigt wurde und nach einer "Deutschland-Tour" wieder zurück ins Werk kommt.

Der Kumpelverein unterstützt die gewerkschaftlichen und betrieblichen Initiativen und ruft dazu auf, zahlreich an den Veranstaltungen teilzunehmen. Der Vorsitzende, Giovanni Pollice, unterstreicht die Bedeutung des gesellschaftspolitischen Engagements: "Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen uns lautstark engagieren für eine solidarische Gesellschaft. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus bieten eine gute Plattform, um das Thema voranzubringen. Wichtig ist, dass wir danach nicht aufhören – De-

mokratie muss jeden Tag verteidigt werden!" Der Überblick über die Aktivitäten ist nur ein kleiner Ausschnitt.

Mehr Infos zu Veranstaltungen vor Ort gibt es auf:

http://www.internationalewochen-gegen-rassismus.de/

# **Hupen gegen Nazis!**

### DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisch Land setzt vermehrt auf kreative Aktionen

Eine Frau fährt von der U-Bahn-Station mit der Rolltreppe hinauf Richtung Straße. Auf halber Strecke hält ihr ein junges Mädchen ein Plakat entgegen auf dem steht: "Schlag ein gegen Nazis", es folgt ein Pappschild mit der Aufschrift: "#No Dügida", oben angelangt wird die Frau von weiteren jungen Menschen empfangen. Wieder heißt es: "Schlag ein gegen Nazis!" und die Frau klatscht enthusiastisch ein - gemeinsam gegen Nazis! Das war eine der kreativen Aktionen in der Düsseldorfer Innenstadt, die sich die DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisch Land gemeinsam mit den Jusos Düsseldorf überlegt hatten. "Die Idee kam uns spontan", erklärt Jugendbildungsreferent Kristof Becker, "jede Woche nimmt die Mobilisierung bei den konventionellen Demos ab. Wir wollen den Rechten den öffentlichen Raum nicht überlassen. Kreative Protestaktionen sind hierfür eine gute Möglichkeit." Eine weitere Aktion der Junggewerkschafter und -sozialisten bestand darin, sich mit Schildern an den Straßenrand zu stellen, auf denen die Autofahrer aufgefordert wurden: "Hupen gegen Nazis!" Ein wahres Hupkonzert erfüllte die Düsseldorfer Innenstadt. Die Aktion war, was die Öffentlichkeitswirksamkeit anbe-



langt, ein Erfolg. Nicht nur im urbanen Raum – sondern auch im digitalen. Rund 10.000 User verfolgten die Aktionen der DGB-Jugend in sozialen Netzwerken. "Das ist schon eine relativ große Aufmerksamkeit", bestätigt Becker. Dennoch, diese alternativen Formen des Protests schlössen die traditionellen nicht aus, sondern seien eine gute Ergänzung. So beteiligte sich die DGB-Jugend selbstverständlich auch am Demonstrationsmarsch gegen Pegida NRW, der am 25. Februar in Düsseldorf vor dem Landtag stattfand.

# Zerstritten, gespalten, marginalisiert

Gerade einmal 50 Pegida-Anhänger demonstrieren vor Düsseldorfer Landtag

Pegida-NRW hatte am 25. Februar in Düsseldorf zur islamfeindlichen Demo vor dem Landtag aufgerufen. Nur wenige folgten. Rund 700 Gegendemonstranten standen 50 Anhängern der Pegida-Bewegung gegenüber. Der DGB, die DGB-Jugend und die Mitgliedsgewerkschaften sowie der Kumpelverein zeigten auch hier wieder Flagge – für Vielfalt, gegen jegliche Form der Ausgrenzung. Mit dabei auch die Kolleginnen und Kollegen der IG BAU. Der Regionalleiter der IG BAU Rheinland und gleichzeitig Vorstandsmitglied des Kumpelvereins,



Holger Vermeer, sieht die Gewerkschaften hier in einer wichtigen, meinungsstarken Rolle: "Diese Bewegung versucht die Gesellschaft – und auch die Arbeitswelt – zu spalten. Das dürfen wir als Demokraten und als Gewerkschafter nicht zulassen. Wir müssen immer wieder dagegen aufstehen und klar zeigen, dass rassistisches Gedankengut auf der Arbeit wie in der Gesellschaft keinen Platz hat." Dügida, Pegida NRW, Duigida - in Nordrhein-Westfalen sind die Bewegungen der Islamgegner zerstritten, gespalten und nahezu marginalisiert. Sie mobilisieren vor allem am extrem rechten Rand. Auf der Facebook-Seite von Pegida-NRW distanzierten sich diese zwar von Parteien wie der NPD, aber sie luden vor der Veranstaltung die Hooligans von HoGeSa ein, "nicht in Kutten", sondern als Privatpersonen an der Kundgebung teilzunehmen. Eine eher lapidare Distanzierung vom rechten Spektrum, da man weiß, dass HoGeSa auch ein Sammelbecken der Rechtsextremen ist. Zudem war der bayerische Rechtspopulist und Islamfeind Michael Stürzenberger als Redner geladen. Ein weiteres Indiz dafür, dass Pegida-NRW sich mitnichten von Rechtsaußen-Positionen abwendet, ganz im Gegenteil. Doch ihre Mobilisierungsfähigkeit ist begrenzt, vor allem in Westdeutschland, wo Gewerkschaften, demokratische Parteien, Kirchen und weitere zivilgesellschaftliche Akteure der rassistischen Hetze die Werte der Akzeptanz, der Vielfalt, der Offenheit immer wieder eindrucksvoll entgegenstellen.

### **Demokratie leben!**

### Das Bundesfamilienministerium fördert den Kampf gegen Rassismus - Der Kumpelverein ist dabei

"Wir alle sind Deutschland" - mit diesen Worten hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig am 25. Februar die Auftaktkonferenz zum Bundesprogramm "Demokratie leben!" in Berlin eröffnet. Dort kamen erstmals Vertreterinnen und Vertreter aller Programmpartner zum gegegenseitigen Austausch zusammen. Auch Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins, war vor Ort. Denn der Kumpelverein wird sich mit diversen Maßnahmen im Rahmen des Bundesprojektes "Demokratie leben!" einbringen und ist somit eine der geförderten bundesweiten Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsex-tremismus, sowie zur Förderung der Demokratie. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert mit dem Bundesprogramm "Demokratie leben!" im laufenden Jahr in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene ziviles Engagement gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit sowie präventive Maßnahmen im Bereich Islamismus und Salafismus.

"Die Auseinandersetzung mit radikalen und gewaltorientierten Bewegungen ist aber nur eine Seite des Bundesprogramms", sagte Manuela Schwesig. "Auf der anderen Seite möchten wir die Demokratie stärken und in der Bevölkerung Akzeptanz für ein Deutschland der Vielfalt herstellen." Der Kumpelverein hat hierzu einerseits eigene neue Projekte und Initiativen entwickelt, andererseits werden die schon existierenden Strukturen ausgebaut. So wird der nun mehr seit neun Jahren stattfindende Wettbewerb "Die Gelbe Hand" als erfolgreiche Maßnahme im Bereich der Jugendbildung fortgesetzt. Im Rahmen der neu entwickelten Initiative "Aktive gestalten mit" sollen lokale und branchenbezogene gewerkschaftliche und betriebliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen in die Entwicklung von Vorhaben und Aktionen nachhaltig einbezogen werden. Insbesondere soll hier auf eine Vernetzung gewerkschaftlicher Jugendgruppen mit betrieblicher Ausbildung abgehoben werden. Das Ziel der zweiten neuen Initiative "Aktiv für Gleichbehandlung und gegen Rassismus" ist die dauerhafte Implementierung der Anti-Rassismusarbeit in Betrieben und Berufsschulen mittels einer eigens konzipierten Unterrichtseinheit sowie begleitend hierzu die Erarbeitung eines soliden pädagogischen Fundaments zur Unterstützung der vielfältigen Aktivitäten der Auszubildenden und der Berufsschülerinnen und Berufsschüler.

Mehr Informationen zum Bundesprogramm "Demokratie leben!" findet ihr im Netz unter:

https://www.demokratie-leben.de/



# "Erinnern erzeugt Emotionen"

### Interview mit dem DGB-Bundesjugendsekretär und Fördermitglied des Kumpelvereins Florian Haggenmiller über Erinnerungskultur und Engagement



DGB / Ralf Steinle

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz habt ihr als DGB-Jugend gemeinsam mit anderen Jugendverbänden eine Gedenkfahrt zu diesem Ort organisiert. Ihr wart ca. 60 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Warum ist es auch heute - oder gerade heute - so wichtig, an das geschehene Unrecht zu erinnern?

Dieses Erinnern erzeugt Emotionen, das ist nochmal ein anderer Zugang. Für mich persönlich war die Fahrt nach Auschwitz sehr bewegend, schier unfassbar mit welcher Systematisierung Menschen ermordet wurden. Wir müssen immer wieder zurückschauen und erkennen, was da passiert ist, um heute zu sagen: so etwas darf es nie wieder geben. Dabei ist es wichtig, dass das Signal von der Jugend ausgeht. Gerade vor dem Hintergrund, dass es bald keine Zeitzeugen mehr geben wird. Unsere 16-jährigen Mitglieder haben Großeltern, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden. Ich bin froh, dass ich mit meinen noch über das Geschehene und ihre Erlebnisse reden konnte. Aus diesem Grund müssen wir uns jetzt überlegen, was sich ohne Zeitzeugen in der Erinnerungskultur ändern wird. Deshalb sollten wir die Erinnerungskultur auf vielfältige Weise stärken.

Die Fahrt im Januar war zum Beispiel nur ein erster Schritt - mit Funktionären der Jugendverbände. Im Juni organisieren wir eine zweite Fahrt mit 1.000 Jugendlichen, davon 700 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

### Zurück im Hier und Jetzt: Rassismus wird immer mehr zu einem offenen Phänomen der Mitte. Welchen Beitrag können die Gewerkschaften leisten, um dem zu begegnen?

Wir erleben seit Jahren einen Rechtsruck in Europa, wie auch in Deutschland. Das kann man unter anderem am Wahlverhalten junger Menschen deutlich erkennen. Wir, die Gewerkschaften, haben einen gesellschaftspolitischen Auftrag, den wollen wir nutzen. Unser großer Vorteil ist: wir können in die Betriebe, können vor Ort auf der Arbeit wirken. Da, wo Menschen ein Drittel ihrer Lebenszeit verbringen. Das müssen wir wieder stärker tun im Angesicht des Aufkommens der AfD oder der Pegida-Bewegung. Wir müssen deren rechtspopulistische Thesen entkräften. Die Propaganda von Pegida dürfen wir nicht unkommentiert stehen lassen!

### Wie sieht die Umsetzung dieses gesellschaftlichen Auftrages dann konkret aus?

Ganz konkret: Man kann Rassismus und Rechtsextremismus in JAV-Versammlungen zum Thema machen. Wir können über das Betriebsverfassungsgesetz Einfluss auf die Ausbildungspläne nehmen und zum Beispiel Workshops anbieten. Vor allem müssen wir die Jugendlichen zum Engagement motivieren, sie mitnehmen, beispielsweise, auf die Anti-Pegida-Demos. Aber nur mitnehmen reicht nicht. Wir müssen auch erklären, für was wir einstehen, nämlich für eine tolerante Gesellschaft, und dabei gleichzeitig klare Kante gegen fremdenfeindliche Parolen zeigen. Deswegen rufe ich auch alle jungen Menschen auf, sich im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus mit Aktionen zu beteiligen! Ich finde es toll, dass auch zahlreiche DGB-Jugendgruppen wieder aktiv sind. Der zunehmende Rassismus muss thematisiert und bekämpft werden, auf der Arbeit wie im privaten Umfeld.

### Zum Abschluss schlagen wir eine Brücke oder anders gefragt: Wie lässt sich das "Erinnern an gestern" mit dem "Aktiv-Sein für morgen" verbinden?

Die junge Generation darf nie aufhören, dessen zu gedenken, was im Zweiten Weltkrieg unter der nationalsozialistischen Terrorherrschaft geschehen ist. Gleichzeitig schauen wir auch nach vorne und gestalten aktiv die Gesellschaft, in der wir leben wollen - eine offene Gesellschaft, in der Rassismus keinen Platz hat.

# Dem "Arier" auf der Spur

**DGB-Kreisverband organisiert Vorfüh**rung des Dokumentarfilms "Die Arier" in Hildesheim

Der Kooperation bestehend aus dem DGB-Kreisverband Hildesheim um Regina Stolte, der Friedrich-Ebert-Stiftung-Niedersachsen und der Universität Hildesheim ist es gelungen, den Film "Die Arier" in den Räumlichkeiten der Universität zu zeigen. Die Regisseurin des Films, die Dokumentarfilmerin und Schauspielerin Mo Asumang war ebenfalls vor Ort und stellte sich den Fragen des Publikums. Über 450 Zuschauer nahmen an der Veranstaltung teil. Auch Fördermitglieder des Kumpelvereins beteiligten sich rege an der Diskussion, die sich im Anschluss an den Film entspann. Noch nie hat sich jemand filmisch konkret an das Thema "Arier" gewagt. Und das obwohl unter der vermeintlichen Marke "Arier" in Deutschland gegen Menschen anderer Religion, Hautfarbe oder Geschlechtsorientierung gehetzt und gemordet wurde und wird. Auf einer persönlichen Reise versuchte die Afrodeutsche Mo Asumang herauszufinden, was hinter der Idee vom "Herrenmenschen" steckt. Sie begab sich zu Pseudo-Ariern auf Nazidemos, reiste zu den wahren Ariern in den Iran, traf sich in den USA mit weltweit berüchtigten Rassisten und begegnete dem Ku Klux Klan. Ein sehenswerter, zugleich befremdlicher Einblick in die Welt der "Arier". Tiefere Einblicke rund um das Filmprojekt gibt

es im Netz unter:

http://www.die-arier.com/

# **Ausgezeichnetes Engagement!**

### Am 25. März findet die Preisverleihung der "Gelben Hand" in Hannover statt



Es ist soweit. Die Preisverleihung unseres Wettbewerbs "Die Gelbe Hand" steht vor der Tür. Am 25. März werden in einem feierlichen Akt im Leibniz-Haus in Hannover die jungen Siegerinnen und Sieger für ihr Engagement, für ihre kreativen Projekte, für ihr Zeichen ge-

gen Rassismus prämiert. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des Kumpelvereins Giovanni Pollice, überreichen die Preise dieses Jahr die Schirmfrau, Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Schirmherr, Stephan Weil, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. "Der Wettbewerb 'Die Gelbe Hand' will all diejenigen würdigen, die gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv werden, die damit ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung von Minderheiten und für das friedliche Zusammenleben und für Akzeptanz setzen", so Weil. Aus diesem Grund unterstütze er als Schirmherr gerne den Kumpelverein und freue sich auf die Preisverleihung. Auch die niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf wird eine Laudatio halten und den Sonderpreis des Landes Niedersachsen übergeben. Eric Schley, Landesjugendsekretär des DGB NRW, und Ruben Eick, Bezirksjugendsekretär DGB Niedersachen-Bremen-Sachsen-Anhalt, werden ebenfalls weitere Sonderpreise überreichen, um das Engagement der Jugend gegen Rassismus zu würdigen.

# Der Mindestlohn und die Auswirkungen auf Wanderarbeiterinnen und -arbeiter

### Eine Bestandsaufnahme von Jochen Empen (Faire Mobilität)

Wenn Beschäftigte aus dem europäischen Ausland vor dem 1. Januar nach der Höhe des geltenden Mindestlohns fragten, mussten wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGB-Projekts "Faire Mobilität", sie nicht selten enttäuschen. "Nein, ein gesetzlicher Mindestlohn existiert nicht und einen Branchenmindestlohn gibt es in Deinem Bereich leider auch nicht." So ungefähr lautete häufig die Antwort. Ob der oder die Beschäftigte mit beispielsweise sechs Euro pro Stunde tatsächlich zu wenig verdiente, war damit gar nicht so einfach zu beantworten. Lediglich das komplizierte Verbot der Sittenwidrigkeit bot etwas Orientierung.

Dass es ausgerechnet in Deutschland keine gesetzliche Lohnuntergrenze gab, damit hatten unsere Ratsuchenden nicht gerechnet. Der neue Mindestlohn macht es in der Beratung einfacher. "Weniger als 8,50 Euro dürft Ihr nicht verdienen", können die Beraterinnen und Berater jetzt sagen, wobei sie die Ausnahmen natürlich im Blick haben müssen. Eine gesetzliche Lohnuntergrenze ist für mobile Beschäftigte eine wichtige Orientierung. Woher sollen sie wissen, welcher Lohn für ihre Arbeit in Deutschland üblich ist? Allzu oft wurde diese Unwissenheit ausgenutzt, um niedrigere Löhne zu vereinbaren.

Tatsächlich gibt es eine große Anzahl mobiler Beschäftigter, die bisher deutlich unter 8,50 Euro erhalten hat. In einigen Branchen, in denen viele migrantische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig sind, wird es jetzt spannend. Nehmen wir zum Beispiel die Gastronomie oder den Bereich Lager und Logistik: Werden die Löhne in diesen Niedriglohnsektoren jetzt tatsächlich angehoben oder werden sich die Unternehmen, den gesetzlich verordneten höheren Stundenlohn auf anderen Wegen - zum Beispiel über unbezahlte Überstunden - von den Beschäftigten wieder zurückholen? Dies werden wir erst in ein paar Monaten besser einschätzen können.

Andere Branchen haben noch kurz vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes noch Branchenmindestlöhne abgeschlossen, die unter 8,50 Euro liegen. Das sind zum Beispiel die Fleischindustrie und die Landwirtschaft – beides Branchen mit hohem Anteil von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern. Nicht profitieren vom Mindestlohn werden zudem die zahlreichen Solo- und Scheinselbständigen aus



Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv

### **Impressum**

#### Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Sonia Marko (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU),

#### Verantwortlich für den Inhalt: Giovanni Pollice

**Koordination:** 

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion: Marco Jelic

Fotos: DGB, DGB-Jugend,

#### Produktion:

Setzkasten GmbH Düsseldorf www.setzkasten.de Tel.: 0211-40 800 900

#### Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düssseldorf Tel.: 0211-4301193 info@gelbehand.de

www.gelbehand.de www.facebook.de/

Mittel- und Osteuropa. Klar ist: Auch weiterhin werden viele mobile Beschäftigte in Deutschland zu einem Niedriglohn von de facto weniger als 8,50 Euro arbeiten.

Allerdings könnte der Mindestlohn dazu führen, dass Lohndumpingmodelle mit Firmen aus dem Ausland, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Deutschland entsenden, weniger populär werden, da sich die Gewinnspanne deutlich verringert. Dies kann derzeit in der Fleischindustrie beobachtet werden, in der es seit dem 1. Juli 2014 einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn gibt, den auch ausländische Firmen einhalten müssen. Zunehmend gehen einige große Schlachtbetriebe dazu über, ausländische Subunternehmer gegen deutsche Subunternehmen auszutauschen, wobei die Belegschaften häufig dieselben bleiben. Der positive Effekt besteht vor allem darin, dass die Beschäftigten dadurch dort sozialversichert werden, wo sie die Arbeit ausüben.

Die Beratungsstellen findet ihr in folgenden Städten: Berlin, Keithstr. 1–3, 10787 Berlin Dortmund, Königswall 36, 44137 Dortmund Hamburg, Besenbinderhof 59, 20097 Hamburg Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77, 60329 Frankfurt a. M. München, Schwanthalerstraße 64, 80336 München Stuttgart, Nikolausstraße 17, 70190 Stuttgart

Mehr zum Projekt Faire Mobilität auf www.faire-mobilitaet.de

### Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein "Mach meinen Kumpel nicht an!" neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung. Nachfolgend die Namen:

- 1. Christian Bonner, EVG, Betriebsrat DB Schenker Rail AG, Schwalbach
- Josephine Fessel, EVG, Köln
- Jörg Hensel, EVG, Gesamtbetriebsrat DB Schenker Rail AG, Mainz
- 4. Ingmar Pfaff, EVG, Betriebsrat DB Schenker Rail AG, Solms-Oberbiel
- 5. Natascha Preis, EVG, JAV DB Schenker Rail AG, Wiesbaden
- 6. Heino Reichert, EVG, stellv. EVG-OV-Vorsitzender, Mannheim
- 7. Viktor Schipowalow, Gehrden
- 8. Kerstin Tack, ver.di, MdB, Hannover

#### Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank Giovanni Pollice, Vorsitzender